V. Schlußbetrachtungen: Zur Veränderung der deutschen Geschichtswissenschaft in den sechziger Jahren

Statements

Ernst Schulin

Die Fragestellung ist hier beschränkt auf die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik. Große geschichtswissenschaftliche Veränderungen hat es vor allem nach 1945 und nach 1960 gegeben, beidemale sehr vorherrschend auf dem Forschungsgebiet der neueren und neuesten Zeit (19./20. Jahrhundert). Nach 1945 war die Veränderung größer hinsichtlich der politischen und nationalgeschichtlichen Anschauungen, nach 1960 größer hinsichtlich der Methoden (außerdem auch personell).

Die Veränderungen nach 1960 sind in mehreren Beziehungen durch die früheren vorbereitet. Als die beiden wichtigsten früheren (also nach 1945) erscheinen mir

1) die Zeitgeschichtsforschung, d.h. die kritische Erforschung der NS-Zeit und der Weimarer Zeit, unter veränderten politischen und nationalgeschichtlichen Aspekten. Das war eine im Vergleich zur früheren deutschen und zur internationalen Geschichtswissenschaft sehr schnelle und relativ schonungslose Erforschung eines unmittelbar zurückliegenden verhängnisvollen Zeitabschnitts eigener Geschichte. Sie geschah in Zusammenarbeit mit der neuen Politischen Wissenschaft und ihrer Begrifflichkeit und war weniger ausgerichtet auf Verständnis innerhalb der nationalgeschichtlichen Kontinuität als auf historisch-politische Aufklärung über eine menschenvernichtende Ideologie und Herrschaftsform der modernen Zeit. In diesem Sinne erklärte Hans Buchheim 1961: „Zeitgeschichte muß, wenn sie weiter sinnvoll betrieben werden soll, allmählich aus der historischen Disziplin in die Disziplin der politischen Wissenschaft rücken; sie muß die nationalsozialistische Zeit immer mehr verstehen als ein Paradigma der typischen Gefahren des 20. Jahrhunderts überhaupt, als ein Beispiel totalitärer Herrschaft.“

2) Die methodischen Ansätze zur sozial- und strukturgeschichtlichen Betrachtungsweise, am deutlichsten und einflußreichsten entwickelt für die spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Epoche, und zwar von Otto Brunner, programmatisch aber auch für

die moderne Zeit (für das Industriezeitalter) vertreten von Werner Conze; innerhalb der Zeitgeschichte in der politologischen Variante bei Bracher zu finden.

Als Veränderungen der sechziger Jahre erscheinen mir am auffallendsten die folgenden drei:

1) die kritische Umdeutung und Erforschung der deutschen Geschichte *vor* der Zeitgeschichte, also des Ersten Weltkrieges und des wilhelminischen Kaiserreiches, in ihrem Vorgesichtscharakter für die NS-Zeit. Das beginnt 1961 mit Fritz Fischers „Griff nach der Weltmacht“. Es ist zunächst eine Neubewertung der nationalgeschichtlichen Kontinuität und eine Veränderung der Maßstäbe zur Einschätzung politisch verantwortlichen und wirksamen Planens und Handelns; die bewegenden Faktoren der außenpolitischen Geschichte erscheinen außerordentlich vermehrt, und gleichzeitig wird die bisher so hochgeschätzte Bedeutung der direkten außenpolitischen Handlungsträger und Handlungen abgewertet.

2) die methodische Veränderung durch die sog. moderne Sozialgeschichte, die sich bis zur programmatischen Ersetzung der bisherigen politikgeschichtlichen Ausrichtung der Geschichtswissenschaft zur sozialwissenschaftlichen steigert. Sie unterstützt sehr bald die erstgenannte Veränderung in der Form der „politischen Sozialgeschichte“, d. h. der Erklärung politischer Handlungen und ideologischer Erscheinungen aus ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen und die Erklärung dieser Interessen aus ökonomischen Gegebenheiten und (meist krisenhaften) Entwicklungen. Hans Rosenbergs „Große Depression und Bismarckzeit“ (1967) und Hans-Ulrich Wehlers „Bismarck und der Imperialismus“ (1968) sind die bahnbrechenden Werke. Die methodische Veränderung ist aber von dieser Erklärungsfunktion zur deutschen politischen Geschichte unabhängig und wird dann gern (von Kocka) „Gesellschaftsgeschichte“ genannt.

3) Die Veränderung des öffentlichen Ansehens der Geschichtswissenschaft, des nun als reaktionär und ideologiegebunden verurteilten „Historismus“. Das zeigt sich besonders in den damaligen Schulplänen und in der Studentenbewegung. Die proklamierte Umwandlung der Geschichtswissenschaft von einer Geistes- zu einer Sozialwissenschaft hängt damit zusammen.

Diese dritte Veränderung hat sich als die kurzlebigste erwiesen. Sie ist seit den späteren siebziger Jahren durch ein neues öffentliches, später auch offizielles Geschichtsinteresse verdrängt worden.

Die zweite, die methodische Veränderung befriedigte einen wichtigen Nachholbedarf der deutschen Geschichtswissenschaft auf dem Gebiet der neueren und neuesten Geschichte. Sie hat damit den Anschluß an moderne Forschungsrichtungen Westeuropas und Amerikas erreicht. Vor dieser Rezeption vor allem der modernen französischen Richtung war nach 1945 vor allem von Gerhard Ritter gewarnt worden, wegen ihrer desinteressierten Einstellung zu Politik- und Ideengeschichte und ihrer materialistischen Betrachtungsweise. Es war eine wenig gerechtfertigte Warnung, da die Franzosen in erster Linie über die Frühe Neuzeit arbeiteten, über die es ja auch in Deutschland strukturgeschichtliche Forschungen (wenn auch andere) gab. Berechtigt war sie also höchstens als Warnung, sich vor verantwortlicher zeitgeschichtlicher Forschung zu drücken. Von heute her, habe ich den Eindruck, wird man die Auswirkung

dieser Warnung, dieser Verzögerung von Rezeption, weniger stark finden und andere Maßstäbe anlegen. Die strukturgeschichtliche Richtung in Frankreich war bis Ende der sechziger Jahre zwar lautstark, aber nicht sehr verbreitet, und danach, als sie sich ausbreitete, hatte sie sich in Richtung auf die Mentalitätsforschung, dann auch auf die Alltagsgeschichte, verändert. In dieser veränderten Richtung hat sie ziemlich schnell auch in Deutschland Fuß gefaßt. Das hat vor allem zu neuem Interesse an der mittelalterlichen Geschichte geführt, die in den sechziger Jahren (übrigens im Gegensatz zu der offenbar theoriefreudigeren Althistorie) sehr zurückgetreten war.

Wir haben nun also die historische Sozialwissenschaft, die Gesellschaftsgeschichte, nicht in der beherrschenden, totalen Form wie ursprünglich proklamiert, aber als sehr wichtigen neuen Teilbereich neben herkömmlichen und neueren. Nur kurzfristig ist in Deutschland die politische Ideengeschichte und die Geschichte der außenpolitischen Beziehungen in den siebziger Jahren zurückgetreten, hat sozusagen eine Zeitlang bei der Politologie Asyl gefunden. Auch kulturgeschichtliche Richtungen sind nun in ihrer Selbständigkeit anerkannt. Das Ergebnis der methodischen Veränderung der sechziger Jahre ist also eine Pluralität an Richtungen. Die Gesellschaftsgeschichte, die besonders in der „Bielefelder Schule“ konzentriert ist, hat ihre Hauptbedeutung in der Forschung und der wissenschaftlichen Diskussion. Im öffentlichen Interesse, beim Lesepublikum und seinen nostalgischen Bedürfnissen herrscht die politische Biographie, die Mentalitäts- und Alltagsgeschichte. Die offiziell erwünschte und entsprechend geförderte Geschichtsschreibung der Bundesrepublik ist die neue Politikgeschichte.

Wie steht es nun mit der erstgenannten Veränderung der sechziger Jahre, der Erforschung der deutschen Geschichte der letzten 100 oder 150 Jahre zur Erklärung ihrer Katastrophe in der NS-Zeit? Sie wurde und wird viel kritisiert, zusammen mit der Zeitgeschichtsforschung über die NS-Zeit selber. Sie gilt als zu deterministisch, als zu sehr fixiert auf Vorgeschichte und Geschichte zweier schrecklicher Jahrzehnte. Man will öffentlich wieder mehr von besserer deutscher Vergangenheit hören, und offiziell jetzt auch; das wird als „Renaissance des Geschichtsbewußtseins“ bezeichnet, begriffsverdrehenderweise, denn tatsächlich ist es eine Renaissance nationaler Sinnstiftung; als verantwortungsvolles Geschichtsbewußtsein kann die genaue und kritische Beschäftigung mit der deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre gar nicht übertroffen werden. Ich kann also nur der Meinung sein, daß sie sehr hochzuschätzen ist und weiterentwickelt werden muß, durchaus unter weiterer wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Kritik und mit einer Vielfalt von Methoden und Betrachtungsweisen. Was in der DDR durch schnelle, ideologisch vereinfachte kritische Aburteilung der bürgerlichen, imperialistischen und faschistischen Phase deutscher Geschichte geschehen ist, wurde in der Bundesrepublik durch langsame, detaillierte Erforschung der NS-Zeit, der Weimarer Republik, dann der wilhelminischen und Bismarckzeit geschafft, bis zur Revision der Gesamtvorstellung eines ganzen Jahrhunderts deutscher Geschichte. Mir ist kein anderes Beispiel bekannt, daß eine Geschichtswissenschaft so ernsthaft und langanhaltend versucht hätte, die schwer zu tragende Wahrheit über die jüngste Geschichte ihres Landes aufzudecken. Insofern hat diese Bemühung Bedeutung über das eigene Land hinaus, sie ist damit ein wichtiger Teil der internationalen

Geschichtswissenschaft, der Teil, der die bedrohlichen Probleme und die schweren negativen Erfahrungen dieses Jahrhunderts notgedrungen schärfer ins Auge faßt, als es andere können oder wollen. Ich betone das, weil sich in den neuen, in diesem Jahr vor allem in der Presse geführten Diskussionen Tendenzen zeigen, die m. E. zu einer Abkehr von der genannten Ausrichtung und den Leistungen der deutschen Geschichtswissenschaft führen könnten. Hinsichtlich der Methoden besteht größere gegenseitige Anerkennung als früher; um so gravierender ist der politisch bedingte Streit um die Anschauungen.

Fritz Fellner

Der Übergang von einer statisch-konservativen zu einer dynamisch-progressiven Phase der Geschichtswissenschaft in Deutschland, wie er etwa um die Mitte der 1960er Jahre erkennbar ist, scheint mir, wenn man das vielschichtige Phänomen in vereinfachender Kondensierung für eine Diskussion thesenartig zusammenzufassen versucht, auf folgenden sechs Faktoren gegründet zu sein:

I. Generationsschub:

1. Die in Normalzeiten sowohl an der Organisation eines Wissenschaftsbetriebes wie auch in der Hinwendung zu innovativen Methoden im Zentrum des Geschehens stehende mittlere Generation der etwa 35- bis 45jährigen war in dem Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend von gestaltenden und führenden Positionen im wissenschaftlichen Betrieb und Getriebe ausgeschlossen.

Maßgebend für diesen Ausfall der Mittelgeneration (der etwa zwischen 1910 und 1918 geborenen Historiker) bzw. der Verzögerung von ihrer Wirksamwerdung waren folgende Gründe:

a) Diese Jahrgänge waren in besonderem Maße Opfer des Krieges und der NS-Herrschaft geworden, Emigration wie Kriegsverluste haben diese Generation zahlenmäßig stark getroffen.

b) Diese Generation sowie die unmittelbar nachfolgende der etwa bis 1927 Geborenen hat durch die Kriegsverluste besondere Zeiteinbußen in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung erfahren, Kriegsdienst und Gefangenschaft bzw. politische Verfolgung oder Emigration haben für die Angehörigen der Jahrgänge 1910 bis 1927 eine Zeitverzögerung in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung und Laufbahn von mindestens sechs bis zu zehn Jahren gebracht.

c) Die existenziellen Probleme, die die ökonomischen Krisen der Nachkriegszeit mit sich brachten, führten viele gerade der aufgeschlossensten Kräfte aus dem Universitätsleben weg, da es keine Stipendienmöglichkeiten zur Überbrückung der stellenlosen Zeit und wenig Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Karriere gab.

d) Eine nicht geringe Zahl der Angehörigen dieser Jahrgänge, in Österreich in einem wesentlich größeren Ausmaß, war in den Nationalsozialismus verstrickt gewesen und daher für einige Zeit von wissenschaftlicher Wirksamkeit ausgeschlossen.